

8./XI 1917.

47

Die Ernährungsfragen vor dem Landtagsauschuß.

N. Berlin, 6. Novbr. (Priv.-Tel.) Dem amtlichen Bericht über die Verhandlungen des verstärkten Staatshaushaltusausschusses des Abgeordnetenhauses am Dienstag entnehmen wir: Der Vorsitzende des Landesamts für Futter- und Nährmittel teilte mit, daß in sieben Monaten trotz der Schwierigkeiten 800 Millionen Inlandseier erfasst und den städtischen und gewerblichen Verbrauchern zugeführt worden sind. Die Nachrichten über Verderben von Inlandseiern sind zum großen Teile übertrieben. Eine Aufhebung der Bewirtschaftung würde dazu führen, daß wir infolge des Einfuhrstüßrückganges und der Preissteigerung der Auslandseier weder die Lazarette und Krankenhäuser versorgen noch den breiten Volksschichten überhaupt Eier zuführen könnten. Ein Abgeordneter beklagte mangelhafte Wagenstellung zur Kartoffelabfuhr und wünschte unentgeltliche Saatgutlieferung an Küstenlandwirte, angemessenen Preis und Aufbewahrungsprämien. Die kleinen Oelmühlen hätten nicht geschlossen werden sollen. Das von den großen Mühlen hergestellte Öl sei oft ungenießbar. Nicht Zwang, sondern Belehrung gegenüber den Landwirten verspreche Erfolg. Als Unterbau der Lieferungsorganisation empfahl der Redner freiwillige Erzeugergemeinschaften. Die Landesfüttermittelsstelle sei ziemlich überflüssig geworden. Eierorganisation und Höchstpreise für Gemüse und Obst müßten fortfallen und dafür kommissionell festgesetzte Marktpreise geschaffen werden. Die Fett- und Speckabgabe bei hausgeschlachteten Schweinen dürfe nur in geräuchertem Zustande verlangt werden. Eingearbeitete Gefangene dürfe man der Landwirtschaft nicht entziehen. Fischmehl und verdorbene Lebensmittel ließen sich mehr als bisher zu Futtermitteln verwenden. Der Staatskommissar für Volksernährung betonte sein volles Verständnis für die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft. Er will auch bei den militärischen Stellen auf möglichste Berücksichtigung der Landwirtschaft hinwirken. Die vielfachen Zwangsverordnungen seien bedauerlicherweise notwendig, aber der gute Wille der Landwirte sei nicht zu entbehren, und allein mit Zwang könne nichts erreicht werden. Gegen einen Versuch mit Erzeugerverbänden in kleinem Rahmen habe er keine Bedenken. Aus der Kritik an der Obst- und Gemüseversorgung werde man zu lernen versuchen. Die kleinen Oelmühlen mit Wasserkraft seien wieder zugelassen. Salz werde bei der Beförderung bevorzugt. Der Vorsitzende des Landesfleischamts führte aus, daß die Kommunalverbände weitgehende Freiheit haben, zu entscheiden, ob der Speck frisch oder zubereitet abzuliefern sei. Ein anderer Abgeordneter verlangte, daß man, wenn auch langsam, zum Handel zurückkehre, insbesondere bei den Kartoffeln. Auch für Wehranbau von Kartoffeln müsse eine Prämie gewährt werden, und zwar auch dem Großgrundbesitz, der sie den Verbrauchern beim Preise zugute kommen lassen könnte. Ein Getreidemonopol sei grundsätzlich abzulehnen. Ueber ein staatliches Vorkaufsrecht auf Auslandsgetreide ließe sich vielleicht sprechen. Ein wirklich freier Obst- und Gemüsehandel hätte in diesem Sommer nicht versagt. Der Redner beantragt, daß Landgüter nicht ohne Zustimmung der Verwaltungsbehörden während des Krieges an Nichtlandwirte verkauft werden dürfen. Der Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium kündigte eine Bundesratsverordnung hierüber an. Ein weiterer Abgeordneter legte dar: Höchstpreise könnten die Produktion nicht fördern. Es fehle häufig am guten Willen. Die Eierversorgung und der Honighandel zeigten die Notwendigkeit des Zwangs. Die Gemüselieferungsverträge hätten versagt. Zwiebeln seien nach der Höchstpreisfestsetzung völlig verschwunden. Jetzt seien Obst und Zwiebeln nur noch als „ausländische“ zu haben. All das und der Schleichhandel könnten nur durch Beschlagnahme aller Lebensmittel beim Erzeuger verhindert werden. Der Leiter der Reichsstelle für Obst und Gemüse begründete die zwangsweise Erfassung des Obstes damit, daß man bis zuletzt, allerdings vergebens, gehofft hatte, der freie Handel werde sowohl die Marmeladenindustrie als auch die Frischmärkte einigermaßen ausreichend versorgen können. Jetzt dürfe der Erzeuger behalten, was er verbrauchen oder verarbeiten wolle, zum Obstabsatz aber bedürfe er der Genehmigung, und die Behörde könne bestimmen, wohin dieses Obst zu leiten sei. Der Erfolg sei nicht ausgeblieben. Der Schleichhandel sei erheblich eingeschränkt worden. Ein Abgeordneter erklärte diese Schilderung als viel zu optimistisch. Die Marmeladenfabriken mögen beschickt worden sein, aber die allgemeine Obstversorgung habe schwer gelitten. Erst vermehrte Produktion könne die Preise senken. Wie wesentlich die Vermehrung der Kartoffelerzeugung sei, ergebe sich daraus, daß auf einer Million Hektar Boden Kartoffeln im Werte von 1,4 Milliarden erzielt werden, während derselbe Boden bei Pajeranbau nur 448 Millionen ergebe. Die Ausdehnung der Zwangswirtschaft über das durchaus notwendige Maß habe die Erzeugung nicht gefördert. Ein anderer Abgeordneter wünschte, daß in industriellen Bezirken planmäßig mehr Gemüse und Kartoffeln angebaut würden, das erspare Transport. Die Obstversorgung sei im ganzen nicht schlecht gewesen. Das Obst der besetzten Gebiete, und insbesondere die Kirscheln, sei nicht genügend genützt worden. Produktionsförderung sei ohne angemessene Preisfestsetzung unmöglich. Die Steigerung der Preise vom Erzeuger zum Verbraucher habe vielfach natürliche Ursachen und sei nicht unbedingt Wucher. Noch wesentlicher sei für die Förderung der Erzeugung die Beschaffung der notwendigen Betriebsmittel. Der Redner fragte, wie weit die Kupferrückführung der Lupine für die menschliche Ernährung durch neuere Forschung gediehen sei. — Weiterberatung morgen.